

Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kitzingen

Frühzeitig konnten rechtsradikale Gruppen in Kitzingen große Erfolge feiern, die NSDAP fand zahlreiche Anhänger. Auch die „Machtergreifung“ stieß in der Mainstadt auf breite Zustimmung. Die Gründe für diese Entwicklung sind noch immer unklar. Was waren die Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Kitzingen? Wie verlief die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten? Diesen Fragen möchte der folgende Beitrag nachgehen.

„Franken gilt hinsichtlich der Ausbreitung der NSDAP je nach Blickwinkel als Parade- oder als Sonderfall.“¹ Dieses Diktum des Wahlforschers Jürgen Falter verweist auf zweierlei. In den Gemeinden im protestantischen Mittel- und Oberfranken konnte die NSDAP bereits in den zwanziger Jahren große Erfolge feiern; hier lässt sich das Bedingungsgefüge für den Aufstieg des Nationalsozialismus wie in einem Brennglas ablesen. Demgegenüber gelang es den Städten im katholischen Unterfranken, dem Nationalsozialismus bis zuletzt zu trotzen. Zwischen diesen Polen nimmt die Stadt Kitzingen am Main, die im Jahr 1933 auf 11.197 Einwohner kam,² eine Sonderrolle ein. Zu Unterfranken gehörend grenzte die Stadt im Westen an das katholische Würzburg, zu dessen Herrschaft es lange gehörte; dies dokumentiert sich in einem katholischen Bevölkerungsanteil von 36,8 %. Gleichzeitig ist Kitzingen, wenn man von Osten über die Bezirke Mittelfrankens her kommend

über die Landkarte fährt, die letzte Gemeinde mit einer protestantischen Mehrheit von 58,9 %. Dazu kam eine starke jüdische Minderheit in der Stadt (4,1 %).³

Kitzingen war stark agrarisch geprägt, was hohe Anteile an Selbstständigen sowie an mithelfenden Familienangehörigen in der Sozialstruktur zur Folge hatte. Eine bedeutende Arbeiterschaft gab es nicht, die Mehrheit der Kitzinger entstammte dem Mittelstand, sie waren Handwerker, Angestellte und Beamte.⁴ Schließlich war Kitzingen gekennzeichnet durch die starke Stellung des Handels, was auf den fränkischen Weinhandel zurückzuführen ist.⁵

In diesem Umfeld den Bedingungen für den Aufstieg der NSDAP nachzuspüren, ist die Aufgabe des vorliegenden Aufsatzes, der sich in drei Komplexe gliedert. Erstens gilt es die äußeren Rahmenbedingungen abzustecken, die in der Entwicklung der völkischen Bewegung Anfang der zwanziger Jahre, der Wirtschaftskrise von 1930 und dem Zerfall des „evangelischen Milieus“ bestehen. Zweitens werden die Parteiorganisation und die Propaganda der NSDAP untersucht, der die Partei ihren Aufstieg verdankt. Drittens richtet sich der Blick auf den Verlauf der Machtergreifung in Kitzingen im Jahr 1933.

1. Die Anfänge: die völkische Bewegung im Maindreieck

Nach dem Ersten Weltkrieg sammelten sich die völkischen Kräfte im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund.⁶ Die beiden Hauptredner des Bundes in Franken, der Zahnarzt Otto Hellmuth aus



Abb. 1: Der „Reichsflaggentag“ am 29. April 1923.

(Photo: Stadtarchiv Kitzingen).

Marktbreit und die ‚geheimnisumwitterte‘ Andrea Ellendt,⁷ überzogen das Maindreieck in den Jahren 1922 und 1923 mit einer Serie von Veranstaltungen, bei denen es nicht selten zu Schlägereien mit politischen Gegnern kam. Ihren ersten Auftritt in Kitzingen hatte Ellendt am 30. August 1922.⁸ Höhepunkte der vor allem antisemitischen Agitation waren die vaterländischen Feiern wie der „Fränkische Tag“ in Marktbreit (14./15. April 1923), der „Reichsflaggentag“ (28./29. April 1923) und der „Deutsche Tag“ in Kitzingen (8./9. September 1923). Auf einer solchen Versammlung gründete Hellmuth den Wehrverband „Frankenland“, den er Ludendorff unterstellt. Der Bund veranstaltete zahlreiche Versammlungen und initiierte Ortsgruppengründungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Ende 1925 führte Hellmuth die Mitglieder von „Frankenland“ der

NSDAP zu.⁹ Hellmuth und Ellendt gaben der rechtsradikalen Bewegung in Unterfranken den entscheidenden Anstoß und warben mit ihren Auftritten Hunderte, wenn nicht Tausende von Mitgliedern, die wenige Jahre später den Nationalsozialisten zu Gute kamen.

Dem Bund „Frankenland“ war es zu verdanken, dass Kitzingen zum „Schrittmacher“¹⁰ der völkischen Bewegung in Unterfranken wurde,¹¹ und die Grundlagen für die NSDAP schuf, die zu dieser Zeit in Kitzingen aktiv wurde. Am 25. August 1921 veranstalteten die Nationalsozialisten ihre erste Versammlung mit dem Redner Hermann Esser im Gasthaus „Goldene Gans“, die jedoch gesprengt wurde. Erst ein Jahr später konnte eine Ortsgruppe der NSDAP durch den späteren Kreisleiter Willi Heer gegründet werden.¹² Die NSDAP arbeitete zunächst eng mit der völkischen Bewegung um

Hellmuth und Ellendt zusammen, wurde aber im Zuge des „Deutschen Tages“ in Coburg (14./15. Oktober 1922), an der auch die Ortsgruppe Kitzingen teilnahm, schlagartig zur wichtigsten völkischen Gruppe in Franken.¹³

Nach dem missglückten Putsch Hitlers in München am 9. November 1923 wurde die NSDAP verboten.¹⁴ Ersatzorganisationen fingen die NSDAP-Mitglieder auf. Julius Streicher gründete am 18. Dezember 1923 die „Deutsche Arbeiterpartei e.V., Bund aller schaffenden Stände“ (DAP), die den Raum nördlich der Donau abdecken sollte. Erste Ortsgruppen entstanden in Pappenheim, Markt Bibart, Scheinfeld, Lichtenfels und Coburg.¹⁵ Auch in Kitzingen folgte die DAP der NSDAP nach, als sich am 18. Januar 1924 eine Ortsgruppe gründete.¹⁶

So verlagerte sich der Schwerpunkt der Hitlerbewegung nach dem gescheiterten Putschversuch in München nach Nordbayern.¹⁷ Abzulesen ist dies an den Wahlerfolgen des „Völkischen Blocks“, einer Dachorganisation von DAP, Jungdeutschem Orden, Großdeutscher Volksgemeinschaft und anderen Gruppen, bei den Reichs- und Landtagswahlen im Jahr 1924. Bei den Landtagswahlen am 6. April 1924 erreichte er in Kitzingen auf Anhieb 42,6 % der Stimmen, ein Ergebnis, das erst wieder die NSDAP im Juli 1932 erringen konnte.¹⁸

Am 16. Februar 1925 wurde das NSDAP-Verbot in Bayern aufgehoben. Die Neukonstituierung der Partei begann. Auf der Hauptversammlung des Völkischen Blocks in Kitzingen im März 1925 wurden die Auflösung des Blocks und die Neugründung der NSDAP beschlossen. Fortan grenzten sich die Nationalsozialisten strikt von der völkischen Bewegung ab.¹⁹ Diese Gruppen gründeten am 23.

April 1925 den „Schwarz-Weiß-Roten Ring“, dem unter anderem der Bund „Frankenland“, die Reichsflagge und zahlreiche Kitzinger Kriegervereine angehörten, konnten aber nicht mehr an frühere Erfolge anknüpfen. Ihren Platz nahm nun die NSDAP ein.²⁰

2. Die Rahmenbedingungen für den Aufstieg der NSDAP

Am 8. Dezember 1929 wurde in Kitzingen der Stadtrat neu gewählt. Die NSDAP die erstmals mit eigener Liste antrat, erhielt trotz breiter Propaganda²¹ lediglich zwei Sitze im Ratsgremium.²² Gewinner der Gemeindewahlen war die „Bürgerliche Vereinigung“, die gemeinsame Liste des protestantischen Mittelstandes in Kitzingen. Sie war aus einer gemeinsamen Ausschusssitzung des Gewerbevereins und der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels am 5. November 1929 hervorgegangen, der sich am 17. November die Gärtner anschlossen; sie erhielt neun Sitze.²³ Die BVP, die eine Listenverbindung mit der Bürgerlichen Vereinigung eingegangen war, „damit die beiderseitig anfallenden Reststimmen der bürgerlichen Seite nicht verloren gehen“,²⁴ errang vier Sitze; die SPD kam auf fünf Sitze.²⁵

Der Stadtrat hatte vor allem mit der einsetzenden Wirtschaftskrise zu kämpfen. Seit Herbst 1930 klagten der Weinhandel und der Gartenbau über stockenden Absatz und das Baugewerbe blieb ohne Beschäftigung.²⁶ Vier größere Betriebe in Kitzingen schlossen 1930 ihre Pforten.²⁷ Die Etwashäuser Gärtner klagten, ihr in Treibhäusern erzeugtes Gemüse nicht kostendeckend verkaufen zu können; die Treibhäuser waren meist auf Kredit gebaut worden.²⁸ Ebenso kriselte es im Einzelhandel, wie die Umsätze des Sporthauses

Hasenknopf verdeutlichen: Sie fielen von 53.000 RM im Jahr 1929 auf 45.000 bzw. 35.000 in den folgenden beiden Jahren; der Tiefstand wurde im Jahr 1932 mit Umsätzen von 25.000 RM erreicht. Erst im Jahr 1933 kletterten die Umsätze wieder auf 40.000 RM an.²⁹

Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen, was nach 1930 steigende Ausgaben der Stadt zur Folge hatte. Dies lag am Arbeitslosenunterstützungssystem der Weimarer Republik, bei welchem die langfristig Arbeitslosen (sog. Wohlfahrtserwerbslose) der kommunalen Fürsorge anheimfielen.³⁰ Die Stadt Kitzingen hatte im November 1930 65 Wohlfahrtserwerbslose zu versorgen, was einem monatlichen Aufwand von 3.401 RM entsprach;³¹ schon da musste der Stadtrat dem Arbeitsamt Kitzingen einen Zuschuss von 100 RM zur Deckung der Verwaltungskosten gewähren.³² Im Jahr darauf wuchs die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf 157 Personen,³³ und im Juli 1932 betrug die Zahl 197 Personen.³⁴ Dazu kamen die Arbeitslosen, die die Krisenunterstützung bezogen, die zu einem Fünftel von der Gemeinde getragen wurde.³⁵ Im Frühjahr 1930 bezogen 18 Empfänger in Kitzingen Krisenunterstützung, ein Jahr später stieg diese Zahl auf 146 Personen an.³⁶ Bis zum 31. Dezember 1932 sank die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger leicht auf 128 Personen.³⁷

Die steigende Ausgabenlast durch die Wohlfahrtserwerbslosen brachte tiefgreifende Probleme bei der Aufstellung des jährlichen Haushaltes. Schon 1930 verschlangen die Posten Wohlfahrtsamt, Personalkosten und Zinsen 75 % des gesamten Etats. Am 17. September 1930 legte Finanzreferent Meuschel den Haushalt 1930/1931 dem Plenum vor: Zukünftig erhob die Stadt 400 % aus der Haus- und

Gewerbesteuer und 600 % aus der Grundsteuer.³⁸ Dennoch wurde der städtische Wohlfahrtsetat mit 50.000 RM überschritten. Daher beantragte Bürgermeister Wilke am 14. November im Finanzausschuss die Einführung der erhöhten Biersteuer am 1. Dezember 1930 sowie die Bürgersteuer, was der Ausschuss jedoch ablehnte. In der Sitzung des Stadtrates vom 17. November 1930 sprachen sich alle Fraktionen gegen Steuererhöhungen aus. Noch zweimal, in den Sitzungen vom 20. und 21. November, beantragte Wilke vergeblich die Einführung der beiden Steuern.³⁹ Schließlich führte die Regierung von Unterfranken im Rahmen der Zwangsetatisierung am 24. November 1930 die erhöhte Biersteuer und die Bürgersteuer in Kitzingen ein.⁴⁰ Am 29. Dezember 1930 setzte Wilke die Erhöhung der Filialsteuer auf 150 % der Gewerbesteuer auf die Tagesordnung, die nach lebhafter Aussprache vom Plenum beschlossen wurde.⁴¹ Doch schon in der nächsten Sitzung mussten weitere Maßnahmen ergriffen werden. Diesmal beschloss der Stadtrat die Erhöhung der Kinosteuern auf 20 % und die Kürzung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten ab 1. Februar 1931.⁴² Aber diese ganzen Maßnahmen konnten die schlechte Situation, die im Sommer 1931 nochmals verschärft wurde, nicht überwinden. Trotz der Aufnahme eines Betriebsmittelkredits im März 1931 mussten im Sommer die Gehälter der Stadtbeamten noch einmal gekürzt und die Filialsteuer erhöht werden.⁴³ Der Haushalt voranschlag für 1931/1932, der dem Plenum am 5. Juni 1931 präsentiert wurde, war zunächst ausgeglichen, weil 46.000 RM, die Kitzingen aus dem Ausgleichsstock vom Reich zu erhalten hoffte, bereits eingerechnet waren.⁴⁴ Dies scheiterte aber, weil nur solche Gemeinden Leistungen aus dem Ausgleichs-

stock erhielten, die eine Erhöhung der Bürgersteuer einführten, was Kitzingen zu diesem Zeitpunkt nicht getan hatte. Außerdem wurden die geplanten Ausgaben für die Wohlfahrtspflege erneut überschritten.⁴⁵ Folglich beantragte Wilke die Erhöhung der Bürgersteuer, die jedoch in der Sitzung vom 23. Oktober 1931 von allen Fraktionen des Gremiums abgelehnt wurde. Daraufhin führte die Regierung von Unterfranken die Erhöhung der Bürgersteuer um 100 % in Kitzingen ein.⁴⁶ In der letzten Sitzung des Jahres 1931 beschloss der Rat die Kürzung der Löhne der städtischen Arbeiter.⁴⁷ Im Jahr 1932 trat keine Besserung der Situation ein. Am 4. April 1932 beschloss der Finanzausschuss, die Gehälter der städtischen Polizeibeamten zu kürzen.⁴⁸ Im Juli geriet schließlich der Haushaltsvoranschlag für 1932/1933 zum Desaster: Trotz einer in Aussicht genommenen Erhöhung der Bürgersteuer um weitere 100 % musste Finanzreferent Meuschel einen unausgeglichenen Haushalt mit einem Defizit von 160.000 RM vorlegen. Der Hauptgrund lag in den nicht mehr tragbaren Erwerbslosenlasten. Zur Rettung des Etats beantragte Bürgermeister Wilke eine nochmalige Erhöhung der Bürgersteuer sowie einen Zuschlag zur Wohlfahrtsabgabe 1932; beides lehnten die Stadtratsfraktionen ab. Am 29. September 1932 wurden die Maßnahmen zur Abgleichung des Haushaltes im Rahmen der Zwangsetatisierung durch die Regierung von Unterfranken auf den Weg gebracht.⁴⁹

Die wirtschaftliche Not sorgte dafür, dass sich die Volksstimmung mehr und mehr verschlechterte.⁵⁰ Der Protest der Arbeitslosen entlud sich auf mehreren Erwerbslosenversammlungen am 5. Dezember 1929, am 28. August 1930 und am 20. Oktober 1930.⁵¹ Eine Protestveranstaltung des ADGB vom 19. Juli 1930 wendete sich

gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung durch die Regierung Brüning.⁵² Eine weitere Erwerbslosenversammlung am 26. November 1930 im überfüllten Bürgerbräukeller musste nach lebhaften Diskussionen abgebrochen werden. Die zahlreich anwesenden Kommunisten führten die Versammlung daraufhin alleine weiter.⁵³

Auch die Bauern Kitzingens bekamen die wirtschaftliche Not zu spüren. Auf einer Protestversammlung des Gartenbauvereins Etwashausen am 9. November 1930 wurde die Einfuhr ausländischer Gärtnerei-Erzeugnisse beklagt.⁵⁴ Eine weitere Veranstaltung im Februar 1931 thematisierte die Arbeitslosigkeit und den Preisrückgang infolge des Überangebots von Obst und Gemüse.⁵⁵ Prägnant auf eine Formel gebracht wurden die beiden Grundkonstanten im Selbstverständnis der Gärtner auf einer Versammlung des Landbundes in Kitzingen am 22. Februar 1931: die Klagen über die Not der Landwirtschaft einerseits und die Absage an das parlamentarische System andererseits.⁵⁶

Der Mittelstand sah sich als das eigentliche Opfer der Wirtschaftskrise. Der gewerbliche Mittelstand forderte die Beseitigung steuerlicher Diskriminierungen und die Beschränkung der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand. In Kitzingen richtete sich der Zorn der Gewerbetreibenden auf die LKW, einen städtischen Betrieb. Ihr Geschäftsgebaren wurde argwöhnisch beäugt,⁵⁷ und im Dezember 1932 stellte der Vertreter des Gewerbevereins im Stadtratsplenum den Antrag, die LKW aus dem Turnus der Vergabe der städtischen Regiearbeiten auszuschließen.⁵⁸ Auf einer großen Handwerkerversammlung des Gewerbevereins Kitzingen am 27. März 1930 geißelte ein Redner die Konsumvereine und das Hausierwesen.⁵⁹

3. Das „evangelische Milieu“ in Kitzingen

Vor allem das „evangelische Milieu“⁶⁰ war von der ökonomischen Schieflage betroffen. Dieses Milieu war in Kitzingen stark fragmentiert, zahlreiche Parteien und Verbände stritten um die Gunst der Wähler. Den liberalen Flügel im bürgerlichen Spektrum bildete die DDP. Sie war bei den Wahlen 1919 neben der Sozialdemokratie noch stärkste Kraft in Kitzingen, verlor aber im Laufe der zwanziger Jahre immer mehr an Zuspruch. Um der Zersetzung der Partei Einhalt zu gebieten, wurde am 27. Juli 1930 die Deutsche Staatspartei (DStP) aus dem Zusammenschluss von DDP und Jungdeutschem Orden gegründet. Damit stellte sich für die DDP-Ortsgruppe Kitzingen die Frage nach dem weiteren Vorgehen. Am 31. Juli 1930 wurde auf einem Treffen Stellung zur neu gegründeten Partei genommen. Es wurde beschlossen, auch in Kitzingen eine Ortsgruppe der DStP zu gründen.⁶¹ Die DDP/DStP war eine klassische Honoratiorenpartei und trat im Grunde nur vor großen Wahlentscheidungen in Erscheinung.⁶²

Den konservativen Flügel des bürgerlichen Parteienspektrums verkörperte die DNVP. Wie die DDP war auch die DNVP gezwungen, im Sommer 1930 eine Richtungentscheidung zu treffen. Auf einer Versammlung der Ortsgruppe mit dem Titel „Sind wir für oder gegen Hugenberg?“ am 7. August 1930 sollte über den Parteikurs entschieden werden. Das Ergebnis war nicht nur ein flammendes Bekenntnis zum Kurs Hugenergs, sondern zeigte auch den Glauben, die Partei von allen „Kompromisslern“ gereinigt und schlagkräftig für den bevorstehenden politischen Kampf gemacht zu haben.⁶³ Freilich war davon in der Folgezeit wenig zu spüren. Nach einer

schwach besuchten Bismarck-Feier am 31. März 1931⁶⁴ trat die Ortsgruppe für längere Zeit nicht mehr in der Öffentlichkeit auf. Dies änderte sich mit der Neuwahl der Vorstandschaft auf der Generalversammlung der Ortsgruppe am 7. Dezember 1931. Der neue Vorsitzende Erich Arauner versprach eine stärkere Aktivität der Ortsgruppe.⁶⁵ Eine erste Neuerung war die Abhaltung regelmäßiger Sprechabende.⁶⁶

Zur Topographie des „evangelischen Milieus“ gehörten neben den Parteien die bürgerlichen Vereine und Verbände. Der Verband „Reichsflagge“ entstammte der völkischen Bewegung, stand aber nach dem Hitler-Putsch der DNVP nahe. Im Herbst 1927 schloss sich die „Reichsflagge“ an den „Stahlhelm“ an.⁶⁷ Am 26. März 1931 hielt die Kitzinger Ortsgruppe des „Stahlhelm“ ihre erste Mitgliederversammlung ab⁶⁸ und entwickelte in der Folgezeit eine rege Initiative.⁶⁹ Eine Abteilung für Frauen („Königin-Luise-Bund“) mit 30 Mitgliedern und eine Jugendabteilung („Scharnhorst-Bund“) wurden erst im Zuge der Machtergreifung im Frühjahr 1933 aus der Taufe gehoben.⁷⁰

Ebenfalls bekannt von der völkischen Bewegung her ist der „Alldeutsche Verband“.⁷¹ Er war kein schlagkräftiger Kampfverband wie SA oder Stahlhelm, seine Mitgliedschaft bestand eher aus einflussreichen, gut situierten Honoratioren; zudem waren die Alldeutschen nicht sehr zahlreich in Kitzingen vertreten. Meist wurden die Versammlungen von der Ortsgruppe Würzburg veranstaltet, bei denen bekannte Kitzinger Persönlichkeiten, wie z.B. Major a.D. Widmann oder Major Ritter von Prümmer, auftraten.⁷² Der Verband inszenierte regelmäßig so genannte „Alldeutsche Abende“, die auch von anderen Vereinen besucht wurden.⁷³

Der „Bayerische Landbund“, der in den Agrargebieten Frankens erhebliches Gewicht besaß, entfaltete durch seine Hauptprotagonisten Freiherr Dietz von Thüngen und Landesökonomierat Pfeuffer eine breite Propaganda in Kitzingen.⁷⁴ Nach 1928 unterstützte die Hauptmasse des Landbundes die Landvolkpartei, während eine kleine Gruppe im „Christlich-sozialen Volksdienst“ eine dem Zentrum vergleichbare Milieupartei installieren wollte. Der Versuch, auch in Kitzingen Fuß zu fassen, scheiterte nach einer Versammlung am 1. März 1932, die von Nationalsozialisten gestört wurde und von der Polizei geräumt werden musste.⁷⁵

Die zahlreichen Kitzinger Kriegervereine, wie der Krieger- und Militärverein Etwashausen, der Veteranen- und Kampfgenossenverein, der Bayerische Kampfgenossenverein, die Vereinigung ehemaliger Bayerischer Ulanen oder die Vereinigung der technischen Truppen, waren zusammengefasst im „Bayerischen Kriegerbund“, Bezirk Kitzingen, dessen Obmann bis Dezember 1931 gleichzeitig Vorsitzender der DNVP-Ortsgruppe war.⁷⁶ Der Kriegerbund organisierte im Jahreslauf eine Reihe von Veranstaltungen, wie die Reichsgründungsfeiern, einen Marine-Gedenktag an die Skagerrak-Schlacht sowie Gedenkfeiern im November.⁷⁷ Für eine Kundgebung zur Abrüstungskonferenz am 31. Januar 1932 konnte der Kriegerbund über 500 Personen mobilisieren.⁷⁸

Ein weiterer wichtiger Verband war der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ (DHV), dessen Kitzinger Ortsgruppe am 15. März 1930 mit einem großen Festakt ihr 25jähriges Bestehen feierte.⁷⁹ Die am Ende der Weimarer Republik zahlenmäßig stärkste Angestelltengewerkschaft entfaltete in Kitzingen eine breite

Propaganda. In regelmäßigen Vortragsabenden wurde nicht nur zu Angestelltenfragen, wie beim Einspruch gegen die geplante Enteignung der Angestelltenversicherung, sondern auch zu Themen wie der Debatte um den Film „Im Westen nichts Neues“ oder „Der Kampf um den Rhein“ Stellung genommen. Häufige Redner waren der ehemalige Erste Bürgermeister der Stadt Kitzingen, Graff, und der Studienprofessor Ennerst, der für die NSDAP im Stadtrat saß.⁸⁰

Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), der im Jahr 1933 einen Mitgliederstand von 150 Personen aufwies, war ein eher gemäßigter Verein. Sein Wirken beschränkte sich auf das Abhalten von Werbetagen einmal im Jahr. Diese als „Deutsche Tage“ bezeichneten Veranstaltungen waren in der Regel gut besucht, viele Vereine aus dem bürgerlichen Milieu forderten ihre Mitglieder zum Kommen auf.⁸¹ Ergänzende Veranstaltungen oder Vorträge waren dagegen meist schlecht besucht.⁸² Die Fragmentierung des „evangelischen Milieus“ wirkte Anfang der dreißiger Jahre katalytisch für den vollen Zusammenbruch des bürgerlichen Parteienpektrums; dies lässt sich an den Wahlergebnissen ablesen. Während die DDP bei den ersten Wahlen der Republik 36,2% der Stimmen bekam, erhielt die neu gegründete DStP bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 nur 4,6 % der Stimmen in Kitzingen und fiel bei der Juliwahl 1932 gar auf 1,1 % ab. Bei den letzten beiden Reichstagswahlen der Republik blieb die DStP in Kitzingen deutlich unter 1 %.⁸³

Ähnlich erging es der DNVP in Kitzingen. Nach ihrem Rekordergebnis bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 (18,5 %), wo die DNVP vom Rück-

gang der Völkischen profitieren konnte,⁸⁴ gelangte die DNVP bei späteren Wahlen nicht über 10 % hinaus.⁸⁵ Bei der Reichstagswahl 1930 musste man Stimmen an die DNVP-Absplitterung „Landvölk. Christlich-Nationale Bauernpartei“ abgeben, zu deren Unterstützung der Gartenbauverein Etwashausen aufgerufen hatte.⁸⁶ Bei den Wahlen im Jahr 1932 konnte die DNVP in Kitzingen nicht vom Zusammenbruch der liberalen Parteien profitieren; deren Stimmen kamen der NSDAP zu Gute.

4. Die organisatorische Konsolidierung der NSDAP in Kitzingen

Die wirtschaftliche Krisensituation und die Zersplitterung des „*evangelischen Milieus*“ waren die beiden wichtigsten Katalysatoren, die den Aufstieg des Nationalsozialismus in Kitzingen beförderten. Es gilt jedoch, einen weiteren Faktor in den Blick zu nehmen: das ist der organisatorische Ausbau der NSDAP im Ort, der die Basis schuf, mittels einer breiten Propaganda um Wähler und Anhänger zu buhlen. Bei der Neugründung der NSDAP im Herbst 1925 ging die Gauleitung davon aus, eine „*zielbewusste Organisation für Unterfranken*“ zu schaffen.⁸⁷ Anfangs besaß die Ortsgruppe Kitzingen 52 Mitglieder⁸⁸ und konnte ihren Mitgliederstand in den folgenden Jahren nur leicht ausbauen.⁸⁹ Erst die Agitation rund um die Gemeindewahlen von 1929 bescherte der Partei eine Reihe von Neuaufnahmen. Auf der Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe am 1. März 1930 meldete der Kassier einen Mitgliederzuwachs um 50 % und kündigte an, dass die Ortsgruppe fortan stramm militärisch, vergleichbar mit der SA, organisiert sein solle.⁹⁰ Eine Mitglieder-

liste, die Parteigenossen verzeichnete, die vor dem 1. Januar 1930 in die Partei eintraten, enthält für Kitzingen 60 Eintragungen.⁹¹ Auf Versammlungen dieser Zeit gelang es der Partei, bis zu 500 Personen zu mobilisieren, in Parteiuniform erschienen meist nur um die 40 Gäste.⁹² Nach der Reichstagswahl 1930 begann für die NSDAP in Franken die Phase des explosiven Wachstums. Parallel dazu betrieb die Partei den organisatorischen Ausbau.⁹³ In einer großen Anzeige in der Kitzinger Zeitung versuchte die Partei Unentschlossene zum Beitritt zu bewegen: Mit einem „*letzten Appell*“ forderte die NSDAP die Kitzinger zum Eintritt in NSDAP, SA, SS oder HJ auf. Denn, so die Anzeige, ab 1. Januar 1932 seien „*Aufnahmen in die NSDAP gesperrt*“⁹⁴

Zum organisatorischen Ausbau gehörte die personelle Profilierung. Im Mai 1927 wurde Willi Heer, der mitgeholfen hatte, die NSDAP in Kitzingen zu etablieren, neuer Ortsgruppenleiter.⁹⁵ Zum zweitwichtigsten Mann wurde das NSDAP-Stadtratsmitglied Studienprofessor Josef Ennerst, der bereits 1924 erfolgreich für den Völkischen Block in Kitzingen kandidiert hatte.⁹⁶

Neue Zuversicht erhielt die Kitzinger NSDAP vor den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932. Ein Wahlsieg Hitlers gegen Hindenburg schien ausgemachte Sache. Der Fränkische Volksfreund berichtete, die „*Posten [seien] schon verteilt*“ gewesen, insbesondere „*bei der Polizeitruppe unter dem Kommando des Geflügelzüchters*“.⁹⁷ Obwohl der Wahlsonntag mit Spannung erwartet wurde – die Eiserne Front hatte in allen Ortsgruppen Bereitschaft ausgerufen – und Hitler im ersten Wahlgang in Kitzingen nur knapp unterlag, den zweiten konnte er in Kitzingen gar für sich entscheiden – blieb der

Traum vom Wechsel unerfüllt: Hindenburg wurde im Amt bestätigt und die Nationalsozialisten konnten sich nicht zu einem gewaltsaufgeladenen Regimewechsel entschließen.⁹⁸

Im Frühsommer 1932 wechselte die Ortsgruppenleitung erneut; zu den Gründern gehörten Ungenauigkeiten in der Beitragsabrechnung.⁹⁹ Der neue Ortsgruppenführer Ennerst konnte auf der Jahreshauptversammlung am 11. Juni 1932 einen Mitgliederzuwachs um 200 % vermelden; daneben war es gelungen, Gruppen der HJ und des NS-Schülerbundes in Kitzingen zu gründen.¹⁰⁰ Im Zuge des Führungswechsels wurden auch einige Amtswalterposten neu besetzt, wobei zunehmend auf fachlich geschulte Mitarbeiter zurückgegriffen wurde.¹⁰¹ Im Juli 1932 brachte die „Dienstvorschrift für die PO der NSDAP“ einige organisatorische Veränderungen. Im vertikalen Parteigefüge wurde der „Kreis“ als neues Hoheitsgebiet zwischen Gau und Ortsgruppe geschaffen; in Kitzingen übernahm der ehemalige Ortsgruppenleiter Willi Heer den Posten des Kreisleiters.¹⁰² Für die Ortsgruppen sah die Dienstvorschrift eine einheitliche Zellen- und Blockeinteilung vor. In Kitzingen wurden erstmals bei einer Mitgliederversammlung am 29. Dezember 1932 alle Zellen-Obleute und Blockwarte zu einer Besprechung geladen.¹⁰³

Nach der Ablehnung der nationalsozialistischen Regierungsübernahme durch Hindenburg schwand die Popularität der NSDAP im Verlauf des Herbstes 1932. Der Gau Unterfranken meldete nach Berlin, es bestehe die Gefahr, Wähler im Mittelstand zu verlieren, und die protestantische Landbevölkerung wende sich von der NSDAP ab.¹⁰⁴ Unterfränkische Nationalsozialisten erklärten, sie hätten genug „von einer Partei, deren Führer nicht

weiß, was er will, und die kein Programm hat.“¹⁰⁵ Die Lageberichte des unterfränkischen Regierungspräsidenten teilten diese Einschätzungen.¹⁰⁶ Zu einer Mitgliederversammlung der Kitzinger Ortsgruppe am 3. September 1932 erschienen so wenig Parteigenossen, dass sich der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA) zu einem wütenden Brief an die Gauleitung in Würzburg veranlasst sah.¹⁰⁷ Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 rutschte die NSDAP in Kitzingen um 5,4 Prozentpunkte im Vergleich zu ihrem Ergebnis im Juli ab. Darunter litt auch die finanzielle Ausstattung. Im Oktober 1932 meldete die Ortsgruppe nach Würzburg, dass die Kasse „vollkommen erschöpft“ sei. Die Ortsgruppe habe einen Beitragsrückstand von 400 RM bei den Mitgliedern.¹⁰⁸ Aber die Partei erholt sich in Kitzingen überraschend schnell. Im November meldete die Ortsgruppe 99 Mitglieder nach Würzburg, und neue Mitgliedsanträge gingen im Dezember 1932 ein. Dazu beantragte die NSDAP beim Stadtrat die Überlassung einer Halle auf dem Flugplatz Kitzingen, um dort Versammlungen abhalten zu können.¹⁰⁹

Zur organisatorischen Konsolidierung der NSDAP in Kitzingen zählte auch der Ausbau der zahlreichen Hilfsorganisationen. Die Ortsgruppe der SA war im September 1922 gegründet worden. Nach der Wiedergründung 1925 bezeichnete sich die Gruppe als „Daniel-Sauer-Sturm“. Im Jahr 1930 gehörten ihm 32 Mann an; dazu kam eine neun Mann umfassende SA-Reserve, zu der insbesondere die politischen Leiter der NSDAP zählten.¹¹⁰ Die Auflösung der SA durch das Verbot im April 1932 hatte in Kitzingen Hausdurchsuchungen zur Folge, die aber ergebnislos verliefen, weil die Nationalsozialisten im



Abb. 2: Aufruf zum Eintritt in den „Daniel-Sauer-Bund“, Mai 1932.

(Photo: Stadtarchiv Kitzingen).

Vorfeld von der geplanten Aktion erfahren hatten. Als SA-Ersatzorganisation gründeten führende Kitzinger Nationalsozialisten am 21. Mai 1932 den „Daniel-Sauer-Bund. Kampfbund gegen den Marxismus“. Auf dem Gründungstreffen waren 200 Personen, meist ehemalige SA- und SS-Angehörige, anwesend. Der Bund blieb auf Grund der baldigen Wiederzulassung der SA weitgehend ohne Bedeutung.¹¹¹ Bei Auftritten der SA in der Öffentlichkeit wurde stets die „straffe Disziplin“ des Sturmtrupps gelobt.¹¹² Eine Einheit der SS existierte ebenfalls in Kitzingen, über deren Organisation und Mitgliederstärke allerdings nichts bekannt ist.

Gruppen des NS-Schülerbundes und der HJ wurden im Laufe des Jahres 1931/32 in Kitzingen gegründet. Für die HJ-Gründung zeichneten ein Schüler des Alten Gymnasiums Würzburg und zwei seiner Kameraden verantwortlich. Viele Aktionen der HJ wie Zeltlager durften von bayerischen Schülern nicht besucht werden.¹¹³ Eigentlich war auch der NS-Schülerbund verboten, er wurde jedoch gedeckt

von „Professor E.“¹¹⁴ Zu einer Gründungsversammlung des BdM rief die Kitzinger Zeitung am 23. Juni 1932 auf.¹¹⁵

Eine Ortsgruppe der NS-Frauenschaft trat erstmals im November 1932 auf den Plan. Unter der Führung der Ehefrauen führender Kitzinger Nationalsozialisten veranstaltete sie am 12. November einen „Deutschen Abend“ zugunsten erwerbsloser SA- und SS-Männer.¹¹⁶ Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) hatte zunächst einen schweren Stand in Kitzingen. 1931 gehörten ihm nur vier Mitglieder an. Erst mit der Machtergreifung verzeichnete der NSLB einen größeren Zustrom.¹¹⁷ Keine Bedeutung vor der Machtergreifung spielten die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) und der „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“. Am 8. Oktober 1932 sprach der Gauleiter der NSBO auf einem NSDAP-Treffen in Kitzingen über das Thema: „Was will die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation?“ Folgen sind aus den Quellen nicht ersichtlich. Der Kampfbund trat vor der Machtergrei-

fung 1933 in Kitzingen überhaupt nicht in Erscheinung.¹¹⁸

5. Die Propaganda der NSDAP in Kitzingen

Neben dem organisatorischen Ausbau der Ortsgruppe wurde es zum wichtigsten Faktor für den Aufstieg der NSDAP, dass die Partei die Stadt Kitzingen mit einem Trommelfeuer an Propagandamaßnahmen überzog. Nach einer schlecht besuchten Veranstaltung in Kitzingen mit dem NSDAP-Abgeordneten Buttman setzten im Gau Unterfranken die Bemühungen ein, die Propaganda auf eine neue Basis zu stellen.¹¹⁹ In einem Rundschreiben der Gauleitung vom Oktober 1931 wurden die neuen Maßnahmen zusammengestellt.¹²⁰ Zum einen war es das Ziel, den Propagandaapparat weiter auszubauen. Bei allen Ortsgruppen wurde das Amt des Propagandaleiters geschaffen, der jeden Monat über die Propagandatätigkeiten an die Gauleitung zu berichten hatte. Darüber hinaus sollte – da Versammlungen großen Auflagen unterlagen – der Propagandaeinsatz von Zeitungen und Flugblättern ausgeweitet werden. Vom Verkauf von Probezahlen des „Völkischen Beobachters“ erhoffte man sich zusätzliche Einnahmen. Statt öffentlicher Versammlungen sollten die Ortsgruppen Besprechungen abhalten, zu denen bei der Gauleitung Redner anfordern waren. Die derartig intensivierte Propaganda der NSDAP gliederte sich in mehrere Bereiche.

Der erste Bereich war die Propaganda im Kitzinger Stadtrat. Die beiden NSDAP-Stadträte Josef Ennerst und Heinrich Thiel beschäftigten den Rat mit einer Flut von Anträgen. Da die NSDAP über kein klares kommunalpolitisches Programm verfügte, waren „Negation“ und „Ob-

struktion“ die Leitlinien ihres Handelns. Eigene Initiativen waren in der Regel der Propaganda dienende, wegen der Finanzlage der Gemeinden aber aussichtslose Anträge. Zahlreiche Entscheidungen des Stadtrates kamen gegen die beiden Stimmen der Nationalsozialisten zustande. So sprach sich Ennerst gegen den Haushaltsvoranschlag 1930/1931 aus, weil er Posten für Wohnungsbeschaffung und für die Unterstützung der Erwerbslosen vermisste. Auch im folgenden Jahr lehnte die NS-Fraktion den Etat ab. Die Vorstellungen seiner Fraktion erklärte Ennerst dahingehend, dass die Strompreise gesenkt werden müssten; daneben sei die Fraktion gegen jede Steuererhöhung mit Ausnahme der Filialsteuer.¹²¹ Im Januar 1931 beantragte die NS-Fraktion die Neuwahl der Ausschüsse des Stadtrates. Als Begründung nannte man die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, wo die NSDAP stärkste Kraft werden konnte; dem Antrag wurde nicht stattgegeben.¹²² Andere Anträge forderten Vergünstigungen für bestimmte soziale Gruppen, deren Umsetzung jedoch die Stadtkasse zu sehr belastet hätte. Im November 1930 beantragten die Nationalsozialisten den Verzicht der Stadtratsmitglieder auf Diäten, um von den Geldern Kohlen für die Arbeitslosen zu kaufen. Im Jahr darauf machte sich Ennerst für die Winterhilfe der Kleinrentner stark. Im Herbst 1932 beantragte die NSDAP, die Stadt Kitzingen solle Wohlfahrtsarbeitslose zum ortsüblichen Lohn beschäftigen.¹²³ Zu einer weiteren Auseinandersetzung kam es in der Stadtratssitzung vom 6. August 1931. Thiel forderte, der Stadtrat solle sich dafür verwenden, dass der Stadtkommissär NSDAP-Versammlungen nicht immer verbiete. In seiner Antwort bezeichnete ein SPD-Stadtratsmitglied die NSDAP als „illegaler Orga-

nisation“. Die Proteste Thiels endeten in tumultartigen Szenen, so dass die Sitzung abgebrochen werden musste.¹²⁴

Der zweite Bereich war die Versammlungstätigkeit. Im Februar 1930 sprach der „fränkische Bauernführer“ Wilhelm Stegmann über „Bauernnot – Volkestod“. Stegmann sprach noch am 1. Dezember 1931, am 13. Januar 1932 und am 25. September 1932 in Kitzingen.¹²⁵ Weitere Bauernversammlungen veranstaltete die Partei am 28. Februar 1931 mit „Pg. Landwirt“ Fritz Walz und am 11. März 1932 mit Landwirtschaftsassessor Heide.¹²⁶ Letzterer sprach auch auf der Protestversammlung des Gartenbauvereins Etwashausen vom 9. November 1930 „im Auftrag der zahlreich vertretenen Nationalsozialisten“.¹²⁷ Zunehmend suchte die NSDAP den Schulterschluss mit lokalen Honoratioren. Dies erforderte eine entsprechende Propaganda. Am 12. November 1930 veranstaltete die NSDAP in Kitzingen ein Treffen mit Exzellenz von Liebert, einem ehemaligen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, zu dem die DNVP-Ortsgruppe prompt ihr Erscheinen zusagte. Liebert besuchte Kitzingen noch einmal im März 1932.¹²⁸ Am 21. Januar 1933 veranstaltete die Kreisleitung Kitzingen einen Lichtbildervortrag mit dem Thema: „Der Nationalsozialismus als Erbe der Mannestugenden der alten siegreichen Armee.“¹²⁹ Der Erfolg spiegelte sich im Personal der NSDAP-Ortsgruppe wider. Major a.D. Ritter von Prümmer, um den sich zuvor die BVP bemüht hatte, war zeitweilig Mitglied im Alldeutschen Verband und tauchte Ende 1931 in den Reihen der NSDAP als beliebter Redner auf.¹³⁰

Den Schwerpunkt der nationalsozialistischen Versammlungen bildeten solche für den Mittelstand, also Handwerker und

Kaufleute auf der einen Seite sowie Beamte und Angestellte auf der anderen.¹³¹ Auf einer Versammlung am 5. Juni 1930 ernste Ennerst stürmischen Beifall für seine Ausführungen über die teuren Strompreise, und am 2. Februar 1932 sprach er über das Thema „Herunter mit den Werkpreisen der LKW!“¹³² Andere NS-Veranstaltungen wendeten sich gegen die „Hochfinanz“ oder erläuterten das Wirtschaftsprogramm der Partei. Auf einer Handwerkerkundgebung im Januar 1932 wurde die Stellungnahme Otto Hellmuths mit viel Beifall aufgenommen.¹³³ Andere Versammlungen richteten sich an die Beamten. Eine NS-Versammlung am 11. Februar 1932 hatte vor allem städtische Beamte im Publikum; wenig später sprach der Beamtenexperte der NSDAP, Schmitt, auf einem Treffen in Kitzingen.¹³⁴ Auf einer Versammlung der Kleinrentner im Herbst 1931 sprachen der ehemalige Erste Bürgermeister von Kitzingen, Graff, und Gauleiter Hellmuth; der Fränkische Volksfreund bezeichnete das Ereignis als „verkappte Nazi-Werbeveranstaltung“.¹³⁵ Darüber hinaus waren Veranstaltungen mit antisemitischen Inhalten immer an den Mittelstand gerichtet. Der Vorkämpfer hierfür war Julius Streicher. Durch ihn wurde der Antisemitismus zu einer propagandistischen Hauptkomponente der NSDAP in Franken.¹³⁶ Streicher war oft in Kitzingen zu Gast, so im Dezember 1929, am 19. November 1931 und am 6. Dezember 1931.¹³⁷ Dazu kamen im Untersuchungszeitraum Dutzende von weiteren Veranstaltungen der NSDAP-Ortsgruppe Kitzingen, wie Mitgliederversammlungen, Jahreshauptversammlungen, „Deutsche Weihnachtsfeiern“¹³⁸ und die regelmäßigen Sprechabende. Während der Zeit der Versammlungsverbote im Sommer 1931 erlahmte die NS-Propaganda;¹³⁹ die Orts-



Abb. 3: Der „Gautag“ der NSDAP am 6./7. Mai 1933.

(Photo: Stadtarchiv Kitzingen).

gruppe Kitzingen veranstaltete aber sog. „Unterhaltungsabende“, um das Verbot zu umgehen.¹⁴⁰

Eine weitere Form der NS-Propaganda bestand im Abhalten von großen Feiern oder Umzügen.¹⁴¹ Am 3. Juli 1932 veranstaltete die NSDAP in Kitzingen eine öffentliche Kundgebung mit Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt.¹⁴² Groß aufgezogen wurden die jährlichen „Unterfränkischen Ortsgruppenleitertagungen“, auch schlicht „Gautage“ genannt, Anfang Mai, an denen gleichzeitig des „Blutzeugen“ Daniel Sauer gedacht wurde. Die Gautage, die von den NSDAP-Ortsgruppen aus ganz Unterfranken besucht wurden, erreichten insbesondere in den Jahren 1930 und 1931 enorme Ausmaße. Im Jahr 1931 besuchten über 1.000 Gäste aus 50 Ortsgruppen die Feierlichkeiten.¹⁴³ Der Höhepunkt waren die Gautage im Jahr 1933. Zwei

Tage lang setzte sich das neue Regime in effektvolle Szene. Am Samstag versammelten sich 3.000 Nationalsozialisten in einer Halle des Kitzinger Flugplatzes zum Gedenken an Daniel Sauer. Es folgten ein Feldgottesdienst auf dem Platz der Turngemeinde und eine Totengedenkfeier am Grabe Sauers. Der Sonntag begann mit Sondertagungen der einzelnen NS-Organisationen im Gasthaus „Fränkischer Hof“; am Nachmittag marschierten über 9.000 Angehörige von SA und SS durch die Straßen Kitzingens und trafen sich zu großen Kundgebungen auf den Sportplätzen der Stadt, bei denen Reichsstatthalter Sauckel und der bayerische Kultusminister Hans Schemm die Reden hielten.¹⁴⁴ Weitere Aufmärsche gab es jedes Jahr aus Anlass der Gefallenengedenkfeiern im November. Die NSDAP, die stets ihre eigenen Züge organisierte, gedachte dann ihrer gefallenen Parteigenossen.¹⁴⁵

Frankenland

Zeitschrift für fränkische Geschichte,
Kunst und Kultur
66. Jahrgang 2014

Inhalt

(Die Seitenzahlen des Sonderheftes 2014 sind mit Asteriskus [*] gekennzeichnet)

I. Aufsätze

<i>Beisbart, Helmut</i>	Goldarbeiter in Ansbach 1820–1823. Der Kampf zweier Goldschmiede um Arbeitserlaubnis und Aufnahme in die Gemeinde	75
<i>Blessing, Werner K.</i>	Eine besondere Lebenswelt – Bergbau im Fichtelgebirge	47*
<i>Blessing, Werner K.</i>	Umbruchsjahre: Bamberg im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19	166
<i>Blessing, Werner K.</i>	Warum „Bergbau in Franken“?	2*
<i>Blessing, Werner K.</i>	Was macht Franken zur Region?	97
<i>Brandl, Martin</i>	Wo der Ritter den Drachen würgt – Anmerkungen zur Ikonographie des Ersten Weltkriegs auf Schloss Mainberg	232
<i>Dammer, Christopher/Becker, Frank</i>		
	Der Bergbau in Nordbayern heute	77*
<i>Eberth, Werner</i>	Zwei Prunkzimmer aus fränkischen Schlössern im Berliner Schloss Köpenick	220
<i>Feuerbach, Ute</i>	Wilhelm Joseph Behr und Sulzheim – Zur Errichtung eines Gedächtnissteins auf dem neuen Rathausplatz	19
<i>Flurschütz da Cruz, Andreas</i>		
	Vom Kontor in den Kanton. Der Aufstieg der Familie Wolf (von Wolfsthal) in den fränkischen Reichsadel im Spiegel ihrer Namensmanipulationen	3
<i>Gaißler, Horst</i>	„Eisenschmelzer“ und Schmiede – Zur Eisengewinnung und -verarbeitung bis zur Frühen Neuzeit	17*
<i>Häck, Bernhard</i>	Versteckter Bergbau in Franken? Relikte des Bergbaus in bestehenden und anderweitig genutzten Hohlräumen in Franken	65*

<i>Jemiller, Elfi</i>	Der Bamberger Totentanz – ein barockes Kleinod in der Heilig-Grab-Kapelle der ehemaligen Klosterkirche St. Michael	147
<i>Kugler, Jens</i>	Zur Technik des Grubenbaus – Profile horizontaler Auffahrungen im sächsischen Erzbergbau	4*
<i>Meidel, Erich</i>	Die ersten schweren Bombenangriffe auf Schweinfurt – Aus den Tagebuchaufzeichnungen eines Luftwaffenhelpers	41
<i>Saam, Alfred</i>	130 Jahre Armenseelenfest in der Pfarrei Burkardroth	35
<i>Schott, Herbert</i>	Baron Ernst von Manstein – ein zum Judentum Konvertierter im „Dritten Reich“	85
<i>Trebes, Norbert</i>	Der nördliche Frankenwald – kleine Region mit großer Industrie- und Sozialgeschichte	57*
<i>Wickl, Bernhard</i>	Alexander v. Humboldt: eine Weltkarriere mit fränkischen Wurzeln: In Franken	27*
<i>Wolz, Alexander</i>	Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kitzingen	240

II. Kunst und Kultur

<i>Biernoth, Alexander</i>	Kanonen zu Klangkörpern – Die Glocken von St. Ludwig in Ansbach	125
<i>Dengler-Schreiber, Karin</i>	Welterbe Bamberg – Belohnung bürgerlichen Engagements	179
<i>Habel, Hubertus</i>	Das Gärtner- und Häckermuseum in Bamberg	198
<i>Kremer, Dominik</i>	Touristisch genutztes Welterbe erleben: Die Perspektive der Einwohner – Eine empirische Studie am Beispiel Bambergs	189
<i>Papp, Alexander von</i>	Altfränkischer Wengert in Randersacker – das mühsame Ringen um ein Kleinod mainfränkischer Kulturlandschaft	105
<i>Schötz, Hartmut</i>	Vom Rittergeschlecht zum Kistenfabrikanten – Ein heute erloschener Handwerkerzweig am Beispiel der ältesten Nürnberger Kistenfabrik	265
<i>Schramm, Philipp</i>	Kunst und Gegenwart in Bayreuth. Vier Gespräche zu Angeboten des örtlichen Kulturlebens	45
<i>Speckle, Birgit</i>	Tagebücher als kulturgeschichtliche Quelle – Das Tagebuch des Bauern und Musikanten Johann Fasel aus Maidbronn (1887–1926)	121
<i>Tomczyk, Leonhard</i>	Die Künstlergruppe „Kontakt“	57

III. Aktuelles

<i>Horling, Thomas</i>	Mainberg – ein „Dauersorgenschloss“?	272
<i>Süß, Peter A.</i>	Historischer Atlas „Unterfranken in Bayern 1814 bis 2014“ zum 200jährigen Jubiläum veröffentlicht	128
	Neue Internetseite über Vita und Werke von Max Dauthendey	207
	Ahnenschwund – Thema für eine Tatort-Sendung?	207

IV. Bücher zu fränkischen Themen 67, 130, 208

V. Frankenbund intern

	Auszeichnung für Klaus-Peter Gägelein, 1. Vorsitzender des Heimatvereins Herzogenaurach e.V. und Mitglied der Bundesleitung	69
<i>Süß, Peter A.</i>	Unser Bundesschatzmeister Theobald Stangl feierte seinen 75. Geburtstag	69
	Wichtiger Hinweis zur diesjährigen Unterfränkischen Regionaltagung	70
<i>Friedrich, Verena</i>	4. Fränkischer Thementag „Gärten in Franken“ in Veitshöchheim	70
	Programmablauf des 4. Fränkischen Thementags „Gärten in Franken“ in Veitshöchheim	72
<i>Wickl, Bernhard</i>	Bundesfreund Robert Unterburger mit „Landesdorfer Stier“ ausgezeichnet	139
<i>Pollnick, Carsten</i>	Zum Jubiläum von Bundesfreundin Ingeborg Walther	140
<i>Friedrich, Verena</i>	Kurzer Bericht über die diesjährige Bundesbeiratstagung am 15. März 2014 im ehemaligen Zehntgebäude der Stadt Grünsfeld/Baden-Württemberg	141
	Vorankündigung: 85. Bundestag des FRANKENBUNDES am 18. Oktober 2014 in Bamberg	144
	Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Bamberg Andreas Starke zum 85. Bundestag	211
	Auf nach Bamberg! – Austragungsort des diesjährigen Bundestages am 18. Oktober 2014	212
	Einladung zum 85. Bundestag am 18. Oktober 2014 in Bamberg	213
<i>Friedrich, Verena</i>	Bericht über den 4. Fränkischen Thementag „Gärten in Franken“ am Samstag, 21. Juni 2014, in der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim	214

<i>Süß, Peter A.</i>	100 Jahre Zeitschrift FRANKENLAND	276
<i>Albert, Reinhold</i>	Leo W. Hamm (1926–2014)	280
<i>Süß, Peter A./ Beinhofen, Paul</i>	Bericht über den 85. Bundestag des FRANKEN-BUNDES am 18. Oktober 2014 in Bamberg mit der Grußansprache des 1. Bundesvorsitzenden	281
	Termine des FRANKENBUNDES im Jahr 2015	288

Der vierte Bereich war, mit Hilfe von Zeitungen und Zeitschriften Propaganda zu treiben. Nachdem der Verleger der Kitzinger Zeitung aus Rücksicht auf die jüdische Bevölkerung Kitzingens sich geweigert hatte, Anzeigen mit Hakenkreuz aufzunehmen, gründeten Kitzinger Nationalsozialisten ihre eigene Tageszeitung, das „Kitzinger Tagblatt“. Obwohl die Macher der Zeitung sicher waren, dass ihr Blatt von „der rechts stehenden Kitzinger Bevölkerung begrüßt“¹⁴⁶ werde, hatte das Tagblatt von Beginn an Schwierigkeiten. Man druckte alle Gaunachrichten sowie die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt, aber es gelang nicht, Inserate zu bekommen. Im Sommer 1931 stellte das Blatt nach halbjähriger Tätigkeit sein Erscheinen ein.¹⁴⁷

Doch auch in der Kitzinger Zeitung betrieben die Nationalsozialisten eifrige Propaganda. Neben den zahlreichen Leserbriefen führender Nationalsozialisten und Sympathisanten war immer genug Platz für die Versammlungsberichte von Ortsgruppenleiter Michael Handschuh. Seit Dezember 1932 berichtete ein Autor unter dem Pseudonym „Politikus“ von allen Veranstaltungen der NSDAP.¹⁴⁸

Eine letzte Form der Propaganda der Ortsgruppe bildete der Besuch von Veranstaltungen anderer Parteien oder Verbände. Nationalsozialistische Diskussionsredner meldeten sich auf einer KPD-Versammlung Ende Mai 1930, auf einem Treffen der Wirtschaftspartei im August und auf einer DNV-P-Versammlung im Dezember. Im Jahr 1931 ergriffen auf Versammlungen der Wirtschaftspartei und des „Deutschen Rentner-Bundes“ NSDAP-Anhänger das Wort und betonten die Übereinstimmung ihrer Partei mit den auf der Versammlung vertretenen Zielen.¹⁴⁹ Auf einer Wahlkundgebung der DNV-P am 21. Oktober 1932

kam es zu Unterbrechungen und Störungen durch die zahlreich anwesenden Nationalsozialisten.¹⁵⁰

Schließlich kam es immer wieder zu gewaltsaufgeladenen Aktionen. Im Januar 1930 musste ein starkes Polizeiaufgebot aus Würzburg eine NSDAP-Versammlung einrahmen, weil Ausschreitungen zu befürchten waren. Im Sommer 1932 zogen SA und SS im Zuge einer NS-Versammlung im Kolosseum durch Kitzingen. Nazigegner versammelten sich vor dem Gasthaus, und die Polizei konnte nur mit knapper Not eine Schlägerei verhindern.¹⁵¹ Erwähnenswert sind zudem mutwillige Zerstörungen an der Kitzinger Synagoge im Januar 1930; zwar wurden die Täter nie gefasst, aber ein rechtsradikaler Hintergrund ist nicht unwahrscheinlich.¹⁵²

Der Aufstieg des Nationalsozialismus wird durch die Wahlergebnisse verdeutlicht. Schon bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 wurde die Partei in Kitzingen stärkste Kraft. Sie erhielt 26,1 % der abgegebenen Stimmen und lag somit vor der SPD (21,5 %) und der BVP (18,9 %).¹⁵³ Auch bei der nächsten Entscheidung, den Reichspräsidentenwahlen von 1932, erwies sich die NSDAP als stark. Im zweiten Wahlgang konnte sich Hitler mit 3.135 zu 3.061 Stimmen gegen Hindenburg durchsetzen.¹⁵⁴ Bei der bayerischen Landtagswahl 1932 erhielt die NSDAP 45,8 % der Stimmen in Kitzingen und wurde damit stärkste Kraft.¹⁵⁵ Auch bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 ging die NSDAP als Sieger hervor. Die NSDAP gewann die Wahl in Kitzingen mit 45,2 %. Sie profitierte dabei von den Verlusten der liberalen Parteien und vom totalen Zusammenbruch der regionalen Interessenparteien, die zusammen nur auf 1,5 % der Stimmen kamen.¹⁵⁶ Ein relativ stabiles Ergebnis in Kitzingen konnten



Abb. 4: Die Aufbahrung von Andreas Weidt.

(Photo: Stadtarchiv Kitzingen).

SPD, KPD und BVP vorweisen. Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 verlor die NSDAP auch in Kitzingen viele ihrer Stimmen. Zulegen vermochten dagegen die DNVP, die auf 8,2 % der Stimmen kam, und die KPD, die 6,9 % der Stimmen auf sich vereinigte.¹⁵⁷

6. Die „Machtergreifung“ in Kitzingen

Am 31. Januar 1933 feierten die Nationalsozialisten in Kitzingen mit einem Fackelzug und einer Kundgebung am Königsplatz die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.¹⁵⁸ Dies war gleichsam der Beginn des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen am 5. März 1933. In Bayern konnten alle Parteien (außer der KPD)

noch relativ frei mit der NSDAP konkurrieren. Die „Eiserne Front“ veranstaltete zwei große Wahlkundgebungen im Fränkischen Hof am 15. und 22. Februar. Die BVP veranstaltete ein Treffen am 2. März 1933, verwies ansonsten auf ihre Kundgebungen mit dem ehemaligen Reichskanzler Brüning in Würzburg. Die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ (Koalition aus DNVP und Stahlhelm) organisierte eine Kette von Kundgebungen in Stadt und Bezirk Kitzingen. Die NSDAP intensivierte noch einmal ihre Propaganda. Neben den traditionellen Wahlversammlungen wurden Reden von Hitler, Göring, Papen und Hugenberg via Rundfunk öffentlich übertragen, und die NSDAP versuchte, die Behörden einzuschüchtern.¹⁵⁹ Kurz

vor den Wahlen erhielt die NSDAP in Kitzingen einen besonderen Wahlkampfschlager. Am 2. März 1933 wurde der SA-Mann Andreas Weidt aus Kitzingen bei politischen Auseinandersetzungen in Höchst i.O. erschossen. Die Heimholung der Leiche an den Main wurde von der NSDAP in einem großen Spektakel inszeniert. Die von sechs SA-Kameraden bewachte Bahre wurde am Wahlsonntag von vielen Kitzingern besucht.¹⁶⁰ Der Ausgang der Wahl geriet zu einem Erfolg: die NSDAP erhielt bei einer Beteiligung von 92,1 % der Wahlberechtigten 51,1 % der Stimmen. Neben den Kleinrentnern hatte diesmal auch der Gartenbauverein Etwashausen dazu aufgerufen, Hitler zu wählen. Von den anderen Parteien konnte nur die BVP stabil bleiben; SPD und die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ verloren leicht. Die Kommunisten erhielten 3,4 % der Stimmen.¹⁶¹

Am 9. März 1933 überschlugen sich in München die Ereignisse, als hier die NS-Machtübernahme begann. In einer Mischung aus revolutionärer Gewalt ‚von unten‘ und scheinlegalen Maßnahmen ‚von oben‘ wurde der Machtwechsel in München vollzogen.¹⁶² Reichsinnenminister Frick ernannte in einem Telegramm um 20.15 Uhr Ritter von Epp zum Reichskommissar in Bayern.¹⁶³ Noch in der Nacht zum 10. März 1933, um 2.10 Uhr, erließ Adolf Wagner, der kommissarische Innenminister, über Funk an alle Polizeidirektionen folgende Regelungen: Kommunisten und Reichsbannerführer sind zu verhaften; Polizeidoppelposten sind mit je einem SA-/SS-Mann zu stellen; die Polizeibehörden sollen die Kreisregierungen und Bezirksämter über die Anordnungen informieren.¹⁶⁴ In der folgenden Nacht (10./11. März 1933) erließ Wagner per

Funkspruch ein Verbot für Reichsbanner, Eiserne Front und SAJ in Bayern.¹⁶⁵ Diese Bestimmungen bildeten den Auftakt der nationalsozialistischen Aktionen in Kitzingen. Am 10. März 1933 meldete die Kitzinger Zeitung die ersten „Kommunistenverhaftungen“ in der Stadt. Zu diesem Zweck wurde die Polizei durch SA- und SS-Leute verstärkt.¹⁶⁶ Die Haussuchungen nach verdächtigem Material, insbesondere Waffen, und die Verhaftungen gingen in den nächsten Tagen weiter.¹⁶⁷ Innerhalb weniger Tage befanden sich in ganz Unterfranken 261 Kommunisten und Angehörige sozialistischer Organisationen in Schutzhaft. Obwohl die meisten Kitzinger Häftlinge nach kurzer Zeit freikamen, befanden sich Anfang April 1933 noch 19 Personen in Schutzhaft. Einige wurden Ende April in das Konzentrationslager Dachau verbracht.¹⁶⁸

Eine weitere Revolutionserscheinung neben der Hilfspolizei waren die SA-Sonderkommissare bei den Bezirksamtern und kreisunmittelbaren Städten in Bayern. Ihre Aufgaben definierten sich wie folgt: Sie sollten alle politischen Gruppen sowie Wehrorganisationen überwachen. Sie kümmerten sich um die Beschlagnahme von Waffen und Munition. Außerdem verfügten sie über die Einberufung von Hilfspolizei.¹⁶⁹ Beim Bezirksamt Kitzingen wurde der SA-Führer Walther Froben als Sonderkommissar bestellt. Dieser erließ fortan die Schutzhaftbefehle und leitete die Haussuchungen. Dazu verfügte er, dass alle Militärwaffen bis zum 31. März abzugeben seien.¹⁷⁰

Unterdessen war der zweite Teil der nationalsozialistischen Revolution über die Bühne gegangen: das Hissen der Hakenkreuzflaggen auf dem Rathaus. Es bildete fast überall den symbolischen Akt



Abb. 5: Der Falterturm in Kitzingen mit Hakenkreuz, Juli 1934.

(Photo: Stadtarchiv Kitzingen).

der Machtübernahme der NSDAP. Die Kitzinger Zeitung meldete am 10. März 1933, dass die „*Freiheitsflaggen*“ zwischen 12 und 13 Uhr an diesem Tag über dem Rathaus wehen werden.¹⁷¹ So geschah es. „*Insgesamt war der 10. März 1933 für die Öffentlichkeit eher ein Tag feierlicher Aufzüge, von Flaggenhissungen, nationalen Reden usw., aber ganz sicher nicht der Tag einer Revolution [...].*“¹⁷² Das trifft auch für Kitzingen zu. Die Flaggenhissungen am Rathaus waren begleitet von einem Umzug von 200 SA- und SS-Leuten durch die beflaggten Straßen der Stadt. Vor den

Behörden wurden SA-Posten abgeordnet, und Ortsgruppenführer Ennerst hielt vor dem Rathaus eine Rede. Die Frauen der NS-Frauenschaft sammelten derweil für bedürftige SA-Männer.¹⁷³ Nach dem Flaggenerlass des Reichspräsidenten vom 12. März 1933 prangten die Flaggen zum Zeichen des Sieges noch einmal drei Tage lang in Kitzingen.¹⁷⁴

Wenige Tage nach der „*nationalen Erhebung*“ in Kitzingen tagte der Polizei- und Verwaltungssenat noch einmal in seiner alten Besetzung;¹⁷⁵ kurz darauf fielen die Gremien den nationalsozialistischen Umwandlungen zum Opfer. Durch das „*Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich*“ vom 31. März 1933 galten alle gemeindlichen Vertretungskörperschaften als aufgelöst. Die Neubildung sollte bis zum 30. April erfolgen. Maßgebend waren die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 in der Gemeinde abgegebenen Stimmen (außer denen der KPD, die durch Verordnung Wagners vom 20. März 1933 eliminiert wurden). Der Erste Bürgermeister blieb vorerst im Amt; er hatte die dringenden Geschäfte zu leiten sowie als Gemeindewahlleiter zu fungieren.¹⁷⁶ Für Kitzingen ergab sich gemäß den Ergebnissen der Reichstagswahlen folgende Sitzverteilung im neuen Stadtrat: 13 Sitze erhielten die NSDAP und die „*Kampffront Schwarz-Weiß-Rot*“, die als eine Fraktion auftraten; vier Sitze erhielt die BVP; drei Sitze waren für die SPD bestimmt.¹⁷⁷ Am 25. April 1933 trat der Stadtrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Einstimmig wurde der NSDAP-Ortsgruppenleiter Josef Ennerst zum Zweiten Bürgermeister ernannt.¹⁷⁸ Anschließend wurde § 26 der Geschäftsordnung geändert: damit war der Weg frei zur Bildung eines von der NSDAP do-

minierten Hauptausschusses, der fortan einen Großteil der laufenden Geschäfte übernahm.¹⁷⁹ Während im Zuge dieser Aktionen in vielen Städten Bayerns unliebsame Bürgermeister entlassen wurden, hielt sich Wilke auf seinem Posten (bis 1945). Das Staatsministerium des Innern verbot schon Ende März 1933 die Beurlaubung berufsmäßiger Bürgermeister. Wilke war parteipolitisch nicht gebunden, entstammte einem deutschnationalen Milieu und lernte schnell auf der Klaviatur der NS-Rhetorik zu spielen. Wilke trat erst später der NSDAP mit der Mitgliedsnummer 3.154.649 bei.¹⁸⁰

Nicht lange blieb der Gemeinderat in dieser Zusammensetzung. Bereits in der zweiten öffentlichen Sitzung erklärte Stadtrat Heer, die NSDAP wolle nicht mehr mit der SPD wegen deren Verhalten in Bezug auf Danzig an einem Tisch sitzen;¹⁸¹ daraufhin verließen die SPD-Stadtratsmitglieder den Saal. Am 20. Juni 1933 beschloss der Hauptausschuss, den SPD-Stadtratsmitgliedern keine Aufwandsentschädigungen mehr zu gewähren und sie nicht mehr zu den Sitzungen des Gremiums zu laden. Am folgenden Tag legten die Stadträte der SPD sowie ihre Ersatzleute alle Ämter nieder.¹⁸²

Ende Juni 1933 ereilte die BVP-Stadträte das gleiche Schicksal. Im Zuge des bayernweiten Schlages der Polizei gegen Aktivisten der BVP¹⁸³ wurde den Kitzinger Gemeinderäten nahe gelegt, ihre Ämter aufzugeben, was diese am 3. Juli 1933 taten. Der Stadtrat bestätigte den Beschluss in seiner Sitzung am 21. Juli 1933.¹⁸⁴ Für die ausgeschiedenen Mitglieder des Gremiums wurden zunächst keine Ersatzleute bestellt. Bald kamen jedoch Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Kitzinger „Rumpfparlaments“;¹⁸⁵ daher beschloss der Hauptausschuss am 28. August 1933,

den Stadtrat wieder auf 22 Mitglieder zu ergänzen.¹⁸⁶ Das Verfahren sah vor, dass neue Mitglieder auf Vorschlag des Bürgermeisters und des Kreisleiters von der Regierung von Unterfranken ernannt werden. Tatsächlich leitete Bürgermeister Wilke die Vorschläge Heers unverändert an die Regierung weiter; diese bestätigte die neuen Stadtratsmitglieder am 22. Februar 1934.¹⁸⁷ Am 1. März 1934 tagte zum ersten Mal der wieder voll besetzte Stadtrat.¹⁸⁸ Aber noch gehörten dem Stadtrat zwei Mitglieder der inzwischen aufgelösten „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ an. Schon im Sommer 1933 hatte die Gauleitung gewarnt, die DNVP wolle die nationale Regierung diskreditieren, und empfohlen, diese Kreise im Auge zu behalten.¹⁸⁹ Im Frühjahr 1934 bat der deutschnationale Abgeordnete Scheuerstuhl aus Gesundheitsgründen um Entlassung aus dem Stadtrat. Die beiden Ersatzleute verzichteten auf ihre Nominierung, weil „ein Nachrücken aus dem Kreise der ehemaligen Nationalen Front¹⁹⁰ [...] heute nicht mehr zur Tagesordnung stehen [kann].“¹⁹¹ Wenige Monate später leistete auch der zweite verbliebene Deutschnationale, Arauner, seinen Amtsverzicht, nachdem er bereits zu den zurückliegenden Sitzungen des Stadtrats nicht mehr erschienen war.¹⁹² Am 17. Dezember 1934 kam der Hauptausschuss überein, das Stadtratsplenum wieder auf 22 Mitglieder anzufüllen;¹⁹³ dieser Beschluss wurde von den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 überholt:¹⁹⁴ Sie schaffte die alten Gemeindegremien praktisch ab, machte den Bürgermeister – entsprechend dem Führerprinzip – zum alleinigen Entscheidungsträger und ließ den sog. „Beiräten“ bzw. „Beigeordneten“ lediglich beratende Funktion.¹⁹⁵

Dr. Alexander Wolz M.A., geb. 1979 in Dettelbach am Main, studierte in Würzburg Geschichte und Volkskunde. Nach der Promotion arbeitete er im Stadtarchiv Lohr am Main. Zum 1.

Oktober 2014 trat er als Archivreferendar in den Dienst der Staatlichen Archive Bayerns. Seine Anschrift lautet: Tiepolostraße 17, 97070 Würzburg, alexander.wolz@gda.bayern.de.

Anmerkungen:

- 1 Falter, Jürgen W.: Der Aufstieg der NSDAP in Franken bei den Reichstagswahlen 1924–1933. Ein Vergleich mit dem Reich unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Einflussfaktoren, in: *German Studies Review* 9 (1986), S. 319–359, hier S. 319.
- 2 Vgl. Gradenegger, Gerhard: Die Entwicklung der Rechtsparteien in Kitzingen 1919–1933. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit. Würzburg 1973, S. 9.
- 3 Vgl. Spitznagel, Peter: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919–1969. Versuch einer Analyse der Wählerstruktur eines Regierungsbezirkes auf statistischer Grundlage nach den Erhebungen der Volkszählungen 1925, 1950, 1961 und 1970 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg, Bd. 32). Würzburg 1979, S. 98f.
- 4 Ebd., S. 36.
- 5 Vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 14; Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3), S. 98f.
- 6 Vgl. Lohalm, Uwe: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund 1919–1923. Herkunft, Organisation und Wirkung eines antisemitischen Verbandes in der Frühzeit der Weimarer Republik. Hamburg 1970, S. 278 u. S. 284.
- 7 Zu Andrea Ellendt vgl. Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6). Stuttgart 1959, S. 202f.
- 8 Vgl. Badel, Doris: Politisches Leben in Kitzingen 1922, in: *Kitzinger Zeitung*, 26./27.6.2004.
- 9 Vgl. Flade, Roland: „Es kann sein, dass wir eine Diktatur brauchen.“ Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg. Würzburg 1983, S. 36f., S. 53–55 u. S. 61; Lohalm: Schutz- und Trutz-Bund (wie Anm. 6), S. 128 u. S. 278f.
- 10 Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 34.
- 11 Weitere völkische Gruppierungen in Kitzingen, deren Mitglieder später der NSDAP zuströmten, waren die Reichsflagge und die Deutsche Werkgemeinschaft von Julius Streicher, vgl. Hambrecht, Rainer: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken 1925–1933. Nürnberg 1976, S. 16 u. S. 28–31; Lohalm: Schutz- und Trutz-Bund (wie Anm. 6), S. 89f.
- 12 Vgl. Schott, Herbert: Die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, in: Kolb, Peter/Krenig, Ernst-Günter (Hrsg.): Unterfränkische Geschichte, Bd. 5/1: Von der Eingliederung in das Königreich Bayern bis zum beginnenden 21. Jahrhundert. Würzburg 2002, S. 334; Douglas, Donald M.: The early Ortsgruppen: The Development of National Socialist Local Groups 1919–1923. Diss. Kansas State University 1963, S. 214.
- 13 Vgl. Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 34f.; Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 33.
- 14 Vgl. Gordon jr., Harold: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern. Frankfurt/M. 1971, S. 338; Schott: Drittes Reich (wie Anm. 12), S. 336f.
- 15 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 61 u. S. 71.
- 16 Vgl. Badel, Doris: Politisches Leben in Kitzingen 1924, in: *Kitzinger Zeitung*, 25.8.2005; Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 59 u. S. 61.
- 17 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 404.
- 18 Vgl. Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3), S. 73.
- 19 Artikel aus dem Fränkischen Volksfreund (künftig: FV) v. 28.2.1924, Stadtarchiv Kitzingen (künftig: StAKT), BVP; Ortsverein Kitzingen.

- 20 Vgl. Lohalm: Schutz- und Trutz-Bund (wie Anm. 6), S. 279 u. S. 311.
- 21 Die NSDAP veranstaltete am 1. Dezember ein Treffen mit Otto Hellmuth zum Thema „Nationalsozialismus und Kommunalpolitik“ sowie am 5. Dezember 1929 eine Versammlung mit Julius Streicher als Gast. Der Wahlkampf der NSDAP bestand hauptsächlich aus Angriffen gegen den „Bürgerblock“, Kitzinger Zeitung (künftig: KZ), 5.12.1929; 7.12.1929; 13.12.1929; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 65.
- 22 KZ, 9.12.1929; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 65f. Gauleiter Hellmuth hatte im Vorfeld der Wahl zehn, dann acht Sitze verlangt, FV, 16.12.1929.
- 23 KZ, 5.11.1929; 15.11.1929; 18.11.1929; 20.11.1929; 9.12.1929; vgl. auch Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 178.
- 24 KZ, 20.11.1929.
- 25 KZ, 9.12.1929; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 66.
- 26 KZ, 31.12.1930.
- 27 Schreiben des städtischen Arbeitsamtes an den Stadtrat Kitzingen v. 5.1.1931, StAKT, VII./A./6./23.
- 28 Halbmonatsbericht (künftig: HMB) der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg (künftig: RUA) vom 20.1.1931, Staatsarchiv Würzburg (künftig: StAW).
- 29 Chronik der Familie Hasenknopf, Bd. 2: 1923–1966. Kitzingen o.J., S. 236.
- 30 Vgl. Heindl, Wolfgang: Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung. Frankfurt/M. u.a. 1984, S. 70 u. S. 118–124.
- 31 Neueste Erhebung über Wohlfahrtserwerbslose in den bayerischen Städten und Märkten v. 16.12.1930, StAKT, VI./B./8./13.
- 32 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 23.10.1930, StAKT, Rat 155 1930.
- 33 KZ, 31.12.1931.
- 34 Rundschreiben des Bayerischen Städtebundes v. 15.11.1932, Nr. 2278, StAKT, VI./B./8./13; vgl. auch HMB der RUA v. 19.2.1932, StAW.
- 35 Vgl. Heindl: Haushalte (wie Anm. 30), S. 119.
- 36 KZ, 5.3.1930, 20.2.1931.
- 37 Liste der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge, o.D., StAKT, VI./A./10./13.
- 38 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 17.9.1930, StAKT, Rat 155 1930; KZ, 18.9.1930, 4.10.1930; vgl. Heindl: Haushalte (wie Anm. 30), S. 171–177.
- 39 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 14.11.1930, StAKT, Rat 155 1930; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 17.11.1930, ebd.; Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 20.11.1930, ebd.; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 21.11.1930, ebd.; KZ, 18.11.1930, 22.11.1930.
- 40 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 5.12.1930, StAKT, Rat 155 1930; KZ, 28.11.1930; Bekanntmachung des Stadtrates Kitzingen v. 27.11.1930, StAKT, VII./A./11./52.
- 41 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 29.12.1930, StAKT, Rat 155 1930; KZ, 30.12.1930.
- 42 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 9.1.1931, StAKT, Rat 156 1931; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 16.1.1931, ebd.; Kothe an Wilke v. 17.3.1931, StAKT, VII./A./5./38.; KZ, 17.1.1931.
- 43 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 27.3.1931, StAKT, Rat 156 1931; Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 17.6.1931, ebd.; Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 2.7.1931, ebd.; KZ, 6.7.1931.
- 44 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 5.6.1931, StAKT, Rat 156 1931; KZ, 6.6.1931, 8.6.1931.
- 45 Wilke an die RUA v. 19.10.1931, StAKT, VII./A./11./59.
- 46 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 23.10.1931, StAKT, Rat 156 1931; KZ, 24.10.1931, 26.10.1931; Regierungsentschließung der RUA, Kammer des Innern, v. 24.10.1931 Nr. 8709/8, StAKT, VII./A./11./59.
- 47 Niederschrift über die geheime Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 30.12.1931, StAKT, Rat 156 1931.
- 48 Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des städtischen Personal- und Finanzausschusses v. 4.4.1932, StAKT, Rat 157 1932;

- Aufstellung betr. Gehaltskürzungen für die Schutzmännerchaft ab 1.2.1932, o.D., StAKT, VII./A./6.15.
- 49 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 20.7.1932, StAKT Rat 157 1932; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 21.7.1932, ebd.; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des städtischen Finanz- und Personalausschusses v. 22.9.1932, ebd.; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 23.9.1932, ebd.; Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses v. 28.9.1932, ebd.; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 28.9.1932, ebd.; Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des städtischen Finanz- und Personalausschusses v. 25.10.1932, ebd.; KZ, 22.7.1932, 23.7.1932, 24.9.1932, 28.9.1932, 29.9.1932, 30.9.1932; HMB der RUA v. 20.7.1932 u. 5.10.1932, StAW
- 50 Vgl. HMB der RUA v. 5.5.1931; 5.9.1931; 4.12.1931, StAW.
- 51 FV, 4.12.1929; 28.8.1930; 23.10.1930; KZ, 23.10.1930.
- 52 FV, 16.7.1930.
- 53 KZ, 27.11.1930.
- 54 KZ, 6.11.1930; 10.11.1930; HMB der RUA v. 21.11.1930, StAW; Protokoll der Protestversammlung am 9.11.1930, StAKT, Prot 21 1926–1932.
- 55 KZ, 24.2.1931.
- 56 HMB der RUA v. 9.3.1931, StAW.
- 57 KZ, 25.6.1930; 27.6.1930; 6.2.1932.
- 58 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 23.12.1932; StAKT, Rat 157 1932; KZ, 27.12.1932.
- 59 KZ, 25.3.1930.
- 60 Vgl. Kittel, Manfred: „Weimar“ im evangelischen Bayern. Politische Mentalität und Parteiwesen 1918–1933. München 2001.
- 61 KZ, 30.7.1930; 30.8.1930.
- 62 So geschehen am 3. September 1930 u. am 27. Juli 1932, KZ, 1.9.1930; 26.7.1932; 30.7.1932.
- 63 KZ, 5.8.1930; 9.8.1930.
- 64 HMB der RUA v. 20.4.1931, StAW; KZ, 28.3.1931; 2.4.1931.
- 65 KZ, 16.12.1931.
- 66 KZ, 1.2.1932; 2.4.1932; 30.4.1932; 4.6.1932; 4.7.1932; 1.8.1932; 3.9.1932; 1.10.1932.
- 67 Vgl. Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 57; Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33). Düsseldorf 1966.
- 68 KZ, 26.10.1929; 8.1.1931; 10.1.1931; 25.3.1931; 28.3.1931.
- 69 KZ, 29.7.1931; 18.8.1931; 11.11.1931; 14.12.1932.
- 70 KZ, 10.4.1933; 12.4.1933; 25.4.1933; 5.5.1933.
- 71 Der Alldeutsche Verband war Bestandteil des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu Beginn der 1920er Jahre, vgl. Lohalm: Schutz- und Trutz-Bund (wie Anm. 6), S. 23.
- 72 KZ, 4.7.1931; vgl. Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 13.
- 73 KZ, 3.9.1931; 16.1.1932; 20.2.1932; 18.3.1932.
- 74 HMB der RUA v. 9.3.1931, StAW; KZ, 8.9.1930; 19.4.1932; vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 300.
- 75 KZ, 29.2.1932; 5.3.1932; vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 300.
- 76 KZ, 4.4.1931.
- 77 KZ, 11.11.1929; 6.11.1930; 10.11.1930; 16.1.1931; 30.5.1931; 6.11.1931; 9.11.1931; 11.11.1932; 14.11.1932.
- 78 HMB der RUA v. 2.2.1932, StAW; KZ, 28.1.1932; 30.1.1932; 1.2.1932.
- 79 KZ, 14.3.1930; 18.3.1930.
- 80 KZ, 15.1.1930; 20.1.1930; 5.4.1930; 9.4.1930; 8.10.1930; 4.2.1931; 25.3.1931; 18.4.1931; 14.10.1931; vgl. auch Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 6). Frankfurt/M. 1967 (Diss. Hamburg 1964/65).
- 81 So beim Deutschen Tag am 31. Mai 1930, auch Bürgermeister Wilke war anwesend; KZ, 24.5.1930; 30.5.1930; 3.6.1930; 22.11.1934.
- 82 So die Vorträge am 6. Dezember 1930 u. am 18. März 1932, KZ, 5.12.1930; 10.12.1930; 15.3.1932; 21.3.1932.
- 83 Alle Ergebnisse bei Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3).
- 84 Vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 50.

- 85 Vgl. Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3).
86 KZ, 13.9.1930.
- 87 Thiele an die Geschäftsstelle der NSDAP vom 15.7.1925, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch), NS 51/198.
- 88 Schramm, Mebs und Kleinhenz an die Geschäftsstelle der NSDAP v. 2.10.1925, BArch, NS 26/2412.
- 89 Bouhler an Ennerst v. 14.12.1925, ebd.; Kleinhenz an die Reichsparteileitung v. 22.11.1928, ebd.; Kleinhenz an die Reichsparteileitung v. 12. 1. 1929, ebd.
- 90 KZ, 5.12.1929, 11.1.1930, 5.3.1930.
- 91 Vgl. Schott: Drittes Reich (wie Anm. 12), S. 360.
- 92 HMB der RUA v. 10.3.1930, 5.5.1930 u. 5.8.1930, StAW.
- 93 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 309–317.
- 94 KZ, 24.12.1931.
- 95 Heer an die Hauptleitung der NSDAP v. 31.5.1927, BArch, NS 26/2412.
- 96 Vgl. Badel: Politisches Leben 1924 (wie Anm. 16).
- 97 FV, 23.3.1932. Gemeint ist Stadtratsmitglied Heinrich Thiel.
- 98 FV, 12.3.1932; vgl. Orlow, Dietrich: *The History of the Nazi Party, 1919–1933*. Pittsburgh 1969, S. 246–250.
- 99 Schreiben der Ortsgruppe Kitzingen an die Gauleitung der NSDAP Unterfranken v. 14.7.1932, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 7.
- 100 KZ, 14.6.1932; vgl. auch Klönne, Arno: *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen*. Düsseldorf/Köln 1984.
- 101 So im Fall des neuen Kassiers Conrad Fleischhauer, der die Bücher sogleich einer genauen Prüfung unterzog; er wechselte im Mai 1934 zur Gauinspektion Mainfranken-Nord beim Amt für Volkswohlfahrt, KZ, 23.5.1934.
- 102 Vgl. Roth, Claudia: *Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns*. München 1997, S. 22–25 u. S. 33.
- 103 KZ, 28.12.1932. Die vollständige Umsetzung der Zellen- und Blockorganisation gelang erst im Zuge der Machtergreifung. Die erste Liste aller Zellen- und Blockwarte in Kitzingen taucht im März 1934 auf, KZ, 9.3.1934.
- 104 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 363–370.
- 105 Zit. nach Kershaw, Ian: *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 41). Stuttgart 1980, S. 44.
- 106 HMB der RUA v. 21.9.1932 u. 5.10.1932, StAW.
- 107 Schreiben der Ortsgruppe Kitzingen, USchlA an den Gauleiter v. 4.9.1932; StAW, NSDAP Gau Mainfranken 7; KZ, 1.9.1932.
- 108 Schreiben der Ortsgruppe Kitzingen an die Gauleitung der NSDAP Unterfranken v. 6.10.1932, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 30.
- 109 Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Kitzingen an die Gauleitung der NSDAP Unterfranken v. 11.11.1932, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 30; Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Finanz- und Bauausschusses v. 15.11.1932, StAKT, Rat 157 1932; KZ, 18.11.1932.
- 110 Kramer an Stabsführer Leuerer v. 18.12.1930, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 851; KZ, 10.5.1938; vgl. Douglas: *Ortsgruppen* (wie Anm. 12), S. 214.
- 111 HMB der RUA v. 19.4.1932 u. 3.6.1932, StAW; KZ, 15.4.1932, 20.5.1932, 25.5.1932; vgl. Gradenegger: *Rechtsparteien* (wie Anm. 2), S. 73; Schott: *Drittes Reich* (wie Anm. 12), S. 344.
- 112 So bei den NS-Gautagen im Mai 1930, KZ, 5.5.1930.
- 113 KZ, 21.7.1931; vgl. Klönne: *Hitler-Jugend* (wie Anm. 100), S. 17; Mensing, Björn: *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*. Göttingen 1998, S. 42.
- 114 Böhn, Dieter/Plück, Beate (Bearb.): „*Da hat ja jeder jeden gekannt.*“ Kitzinger Bürgerinnen und Bürger erzählen aus vierinhalb Jahrzehnten. Kitzingen 1991, S. 121. Gemeint ist Stadtrat Josef Ennerst.
- 115 KZ, 21.6.1932.
- 116 KZ, 11.11.1932, 17.11.1932.
- 117 Hagel an Ennerst v. 2.4.1931, StAKT, Meldungen an die Gauwaltung; Protokoll der Mitgliederversammlung des NSLB, Südost-Kreis-Kitzingen v. 18.10.1933, ebd.

- 118 KZ, 7.10.1932; vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 235 u. S. 239.
- 119 Himmler an die Ortsgruppe Kitzingen v. 9.3.1928, BArch, NS 26/2412.
- 120 Muglisch an alle Propagandaleiter v. 15.10.1931, BArch, NS 51/198.
- 121 KZ, 18.9.1930, 6.6.1931, 10.6.1931. Vgl. auch die Protokolle der entsprechenden Sitzungen.
- 122 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 9.1.1931, StAKT, Rat 156 1931; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 16.1.1931, ebd.; KZ, 19.1.1931; vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 200.
- 123 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Finanzausschusses v. 14.11.1930, StAKT, Rat 156 1931; KZ, 28.11.1931; Schreiben der Ortsgruppe Kitzingen der NSDAP an den Stadtrat Kitzingen v. 12.9.1932, StAKT, VII./A./19./3.; einen ähnlichen Antrag stellte die NSDAP noch einmal wenige Zeit später, vgl. Schreiben der Stadträte Ennerst und Thiel an den Stadtrat Kitzingen v. 22.12.1932, StAKT, VII./A./5./45.
- 124 KZ, 7.8.1931.
- 125 KZ, 19.2.1930, 27.11.1931, 12.1.1932, 23.9.1932; HMB der RUA v. 10.3.1930 u. 20.1.1932, StAW.
- 126 KZ, 27.2.1931, 11.3.1932.
- 127 KZ, 10.11.1930; vgl. zu weiteren bäuerlichen Propagandathemen der NSDAP in Franken: Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 240–243.
- 128 KZ, 11.11.1930, 9.3.1932.
- 129 KZ, 18.1.1933.
- 130 KZ, 4.7.1931, 6.11.1931, 19.4.1932.
- 131 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 236–239.
- 132 KZ, 4.6.1930, 16.6.1930, 1.2.1932.
- 133 KZ, 25.6.1931, 20.1.1932, 31.5.1932, 6.6.1932.
- 134 KZ, 17.2.1932, 19.4.1932; HMB der RUA v. 19.2.1932, StAW.
- 135 FV, 17.10.1931.
- 136 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 249.
- 137 KZ, 5.12.1929, 13.12.1929, 18.11.1931, 2.12.1931, 7.12.1931.
- 138 KZ, 19.12.1929, 19.12.1930, 10.12.1932.
- 139 HMB der RUA v. 20.7.1931 u. 3.10.1930,
- 140 KZ, 1.8.1931, 8.8.1931, 14.8.1931.
- 141 Vgl. Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 206–210.
- 142 KZ, 1.7.1932.
- 143 KZ, 29.4.1930, 5.5.1930, 7.5.1930, 1.5.1931, 4.5.1931, 7.5.1931, 8.5.1931; HMB der RUA v. 20.5.1930, StAW; vgl. Flade: Rechtsradikalismus (wie Anm. 9), S. 34f.; Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 67.
- 144 KZ, 8.5.1933.
- 145 KZ, 6.11.1931, 11.11.1932.
- 146 Schreiben des Kitzinger Tagblatts, Zeitung für das Maintal an Bürgermeister Wilke v. 14.4.1931, StAKT, VI./I./1./2.
- 147 HMB der RUA v. 4.4.1931, StAW; Schreiben des Kitzinger Tagblatts an Gauleiter Hellmuth v. 7.7.1931, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 7; Schreiben des Kitzinger Tagblatts an den Stadtrat Kitzingen v. 15.11.1930, StAKT, VII./A./1./19.; FV, 10.8.1931.
- 148 KZ, 16.12.1932.
- 149 HMB der RUA v. 10.6.1930, 18.12.1930 u. 3.7.1931, StAW; KZ, 21.8.1930.
- 150 KZ, 28.10.1932; 5.11.1932.
- 151 HMB der RUA v. 8.2.1930, StAW; FV, 14.7.1932; vgl. auch die Ausführungen bei Hambrecht: NSDAP (wie Anm. 11), S. 219–224.
- 152 KZ, 20.1.1930; 21.1.1930.
- 153 Vgl. Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3), S. 81.
- 154 KZ, 11.4.1932; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 75.
- 155 Vgl. Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3), S. 75.
- 156 Ebd., S. 82.
- 157 Ebd., S. 83.
- 158 KZ, 31.1.1933; 1.2.1933; 4.2.1933.
- 159 HMB der RUA v. 20.2.1933, StAW; KZ, 8.2.1933; 10.2.1933; 11.2.1933; 14.2.1933; 17.2.1933; 21.2.1933; 25.2.1933; 1.3.1933; 2.3.1933; 3.3.1933; 4.3.1933; FV, 14.2.1933.
- 160 KZ, 3.3.1933; 4.3.1933; 7.3.1933; 2.3.1938; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 79.
- 161 KZ, 28.2.1933; 2.3.1933; 6.3.1933; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 79f.; Schott: Drittes Reich (wie Anm. 12), S. 372; Spitznagel: Wahlen (wie Anm. 3), S. 84. Der Gartenbauverein bewilligte zudem 10 RM für Wahlpropaganda, Niederschrift

- der Hauptversammlung vom 3.3.1933, StAKT, Prot 22 1932–1950.
- 162 Vgl. Domröse, Ortwin: Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch. München 1974, S. 64; Jasper, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934. Frankfurt/M. 1986, S. 146 u. S. 152.
- 163 Vgl. Domröse: NS-Staat (wie Anm. 162), S. 67–73.
- 164 Vgl. Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945. München 1969, S. 76 Anm. 5; Domröse: NS-Staat (wie Anm. 162), S. 84.
- 165 Vgl. Faatz, Martin: Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror. Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur. Würzburg 1995, S. 384.
- 166 Die zahlenmäßige Stärke der Hilfspolizei in Kitzingen ist nicht zu eruieren. Eine Aufstellung der Stadtkämmerei erwähnt zwei Hilfspolizisten. Dies erscheint zu niedrig, zieht man den von Wagner, Röhm und Himmler am 27. März 1933 ausgehandelten Soll-Stärke-Plan für die Hilfspolizei in Bayern in Betracht: Er sieht für Unterfranken 700 Mann Hilfspolizei vor; dazu kommen 160 Mann allein für Würzburg; Stadtkämmerei Kitzingen: Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben für die Sicherheitshilfspolizei, o.D.; StAKT, VII./A./6./18.; vgl. Diehl-Thiele: Partei und Staat (wie Anm. 164), S. 81 Anm. 20.
- 167 KZ, 10.3.1933; 11.3.1933; 13.3.1933; 18.3.1933; 20.3.1933; 28.3.1933. Das Ausmaß der Aktionen in Kitzingen ist auf Grundlage der vorliegenden Quellen nur zu schätzen. Der Tätigkeitsbericht der Polizei für Januar mit September 1933 verzeichnet 14 Beschlagnahmungen, 41 Durchsuchungen nach Waffen und Druckschriften und 9 Festnahmen auf Grund Fahndungen und 99 selbstständige Festnahmen (einschließlich Schutzhaft). Sicher scheint nur, dass die Mehrzahl der aufgelisteten Fälle in die Monate März/April 1933 zu verorten ist; Tätigkeitsbericht der Schutzmanschaft Kitzingen für die Monate Januar bis September 1933, StAKT, VII./A./6./23.
- 168 HMB der RUA v. 22.3.1933, StAW; Liste der in Schutzhaft befindlichen Personen, 11.4.1933, StAW, LRA Kitzingen 765; Schreiben des Sonderkommissars für das Bezirksamt Kitzingen an das Amtsgericht Kitzingen v. 29.3.1933, StAW, LRA Kitzingen 767; Schreiben des Amtsgerichtsgefängnisses Kitzingen an das Bezirksamt Kitzingen v. 25.4.1933, ebd.; KZ, 23.3.1933; 15.4.1933; 25.4.1933; 5.5.1933; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 81.
- 169 Vgl. Diehl-Thiele: Partei und Staat (wie Anm. 164), S. 78 Anm. 7.
- 170 KZ, 17.3.1933; 29.3.1933; Amtsblatt für das Bezirksamt Kitzingen, 30.3.1933.
- 171 KZ, 10.3.1933; vgl. Domröse: NS-Staat (wie Anm. 162), S. 65.
- 172 Faatz: Politische Polizei (wie Anm. 165), S. 384.
- 173 KZ, 11.3.1933; 15.3.1933.
- 174 KZ, 30.12.1933.
- 175 KZ, 15.3.1933.
- 176 Schreiben des Bayerischen Städtebundes Nr. 566 v. 4.4.1933, StAKT, I./A./1./6.; Schreiben des Bayerischen Städtebundes Nr. 580 v. 6.4.1933, ebd.
- 177 Niederschrift über die Neubildung des Stadtrates [Wahlausschuss] v. 22.4.1933, StAKT, VII./A./4./9.; Erklärung v. 28.4.1933, StAKT, VII./A./19/7.; KZ, 7.4.1933; 10.4.1933; 11.4.1933; 13.4.1933; 24.4.1933; 25.4.1933.
- 178 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 25.4.1933, StAKT, Rat 158 1933; Mitteilung der RUA v. 10.5.1933 Nr. 8021 a 3, StAKT, VII./A./4./9.; Ladung zur Sitzung des neuen Stadtrats am 25.4.1933, ebd.; KZ, 26.4.1933.
- 179 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 25.4.1933, StAKT, Rat 158 1933; Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses v. 28.4.1933, ebd.; Geschäftsordnung für den Stadtrat Kitzingen, 30.7.1930, StAKT, VII./A./19./7. § 26 bestimmte Funktion und Besetzung der Ausschüsse des Stadtrates Kitzingen.
- 180 Fragebogen D, Rücksendung an den Deutschen Gemeindetag, 5.1.1938, StAKT, VII./A./1./32.
- 181 Die SPD hatte in Danzig am 13. Mai 1933 als Reaktion auf die Gleichschaltung der Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen,

- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. NF, 49 (1933), S. 261.
- 182 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 15.5.1933, StAKT, Rat 158 1933; Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses v. 20.6.1933, ebd.; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 26.6.1933, ebd.; KZ, 16.5.1933; 27.6.1933; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 83.
- 183 KZ, 26.6.1933; 27.6.1933; 28.6.1933; 30.6.1933; HMB der RUA v. 5.7.1933, StAW; vgl. Domröse: NS-Staat (wie Anm. 162), S. 138 u. S. 348–354.
- 184 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 26.6.1933, StAKT, Rat 158 1933; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 21.7.1933, ebd.; Schreiben der BVP-Fraktion an den Stadtrat Kitzingen v. 3.7.1933, StAKT, VII./A./4./9.; KZ, 27.6.1933; 24.7.1933; vgl. Gradenegger: Rechtsparteien (wie Anm. 2), S. 83.
- 185 So Bürgermeister Wilke am 1. März 1934, KZ, 3.3.1934.
- 186 Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Personal- und Hauptausschusses v. 28.8.1933, StAKT, Rat 158 1933; KZ, 1.9.1933. Die Neubesetzung der freiwerdenden Sitze lag grundsätzlich im Ermessen des Stadtrates. Die Mitgliederzahl des Gremiums sollte allerdings nicht unter die Hälfte fallen, Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern v. 13.7.1933, Nr. 3067 p 24, StAKT, VII./A./4./9.
- 187 Schreiben des Kreisleiters an den Stadtrat Kitzingen v. 6.2.1934, StAKT, VII./A./4./9.; Wilke an die RUA, Kammer des Innern, v. 16.2.1934, ebd.; Regierungsgeschließung der RUA v. 22.2.1934, Nr. 8021 c 1, ebd.; KZ, 1.9.1933.
- 188 Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 1.3.1934, StAKT, Rat 159 1934; KZ, 3.3.1934.
- 189 Rundschreiben der Gauleitung Unterfranken an alle Kreisleitungen v. 21.6.1933, StAW, NSDAP Gau Mainfranken 44.
- 190 Gemeint ist die „Deutschnationale Front“ (DNF), die Nachfolgepartei der DNVP; sie löste sich im Sommer 1933 auf.
- 191 Hissiger an Wilke v. 23.4.1934, StAKT, VII./A./4./9.; Godron an den Stadtrat Kitzingen v. 23.4.1934, ebd.; Scheuerstuhl an Wilke v. 24.3.1934, ebd.
- 192 Arauner an den Stadtrat Kitzingen v. 26.9.1934, StAKT, VII./A./4./9.; Wilke an Arauner v. 24.10.1934, ebd.
- 193 Niederschrift über die Sitzung des städtischen Hauptausschusses v. 17.12.1934, StAKT, Rat 159 1934; KZ, 21.12.1934.
- 194 Niederschrift über die städtische Hauptausschusssitzung v. 26.3.1935, StAKT, Rat 160 1935; Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Stadtrates Kitzingen v. 29.3.1935, ebd.; KZ, 2.4.1935.
- 195 KZ, 5.3.1936; vgl. auch die Ratsprotokolle des Jahres 1936: StAKT, Rat 161 1936.

Wir drucken alles für Sie!

Heisenbergstraße 3
97076 Würzburg

Telefon 0931/276 24
Telefax 0931/276 25

halbigdruck
offset digital

EGLMAYER VERLAG
Fachverlag für Handel
Behörden und Industrie

info@halbigdruck.de
www.halbigdruck.de